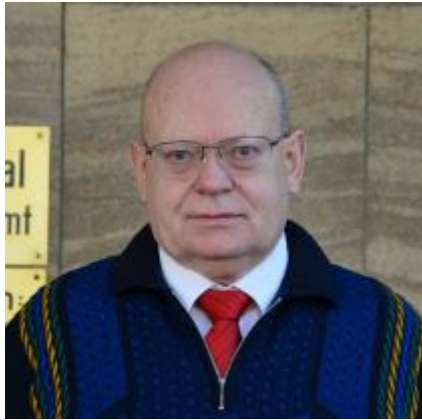


DIE LINKE - Kandidaten für Bruchsal



Werner Sorge

Stadtrat in Bruchsal für DIE LINKE

Fachkraft für Schutz und Sicherheit

Mitgliedschaften bei ver.di, attac,
Schützengesellschaft 1798 Bruchsal,
1. Vorsitzender Arbeitskreis Soziales
Bruchsal



Michael Pajer

Diplom-Psychologe

universitärer Tutor für schwerbe-
hinderten Kommilitonen, Mitglied
im Bund Deutscher Psychologen
Schachspieler

So geben Sie uns Ihre Stimmen:

Bei den Gemeinderatswahlen können Sie je Kandidat*in bis zu
3 Stimmen abgeben. Geben Sie unseren Kandidat*innen die
Höchstzahl, also 3 Stimmen!

Bei der Europawahl haben Sie 1 Stimme für eine Partei. Ihre
Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für ein soziales Europa!



Am 26. Mai DIE LINKE wählen!

ökologisch & sozial für Bruchsal



Gemeinderatswahlprogramm 2019

Soziales Bruchsal. Solidarisches Europa.

Werner Sorge vertritt DIE LINKE im Gemeinderat der Stadt Bruchsal. Er setzt sich für mehr soziale Gerechtigkeit für alle Bruchsalerinnen und Bruchsaler vor Ort ein.

2019 treten Werner Sorge und Michael Pajer für DIE LINKE bei den Gemeinderatswahlen in Bruchsal an. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz beginnen vor der Haustür. DIE LINKE unterstützt ehrenamtlich Engagierte in Vereinen, Gewerkschaften, Umweltschutz- und Sozialverbänden, in den Kirchen und in der Flüchtlingsarbeit. Zentrale Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie Wohnen, Verkehr, Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser sollen in öffentlicher Hand bleiben und nicht von Profitlogik bestimmt werden. Dabei will DIE LINKE keine Stellvertreter*innenpolitik im Gemeinderat betreiben, sondern gemeinsam mit Ihnen / Euch für ein soziales, ökologisches und weltoffenes Bruchsal arbeiten.

Unsere Forderungen konkret:

Respekt und gute Arbeit

- unbefristete Arbeitsverhältnisse bei der Stadt Bruchsal
- Auftragsvergaben der Gemeinde nur an tarifgebundene Unternehmen
- keine Privatisierungen von gemeindeeigenen Aufgaben / Einrichtungen

Bezahlbares Wohnen

- Schaffung bezahlbarer Wohnungen durch städtische Wohnungsgesellschaft
- Förderung von Modellen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus
- kein Verkauf gemeindeeigener Grundstücke & Immobilien an private Investoren; Vergabe nur in Erbpacht
- Sozialquote bei neuen Wohnbauprojekten von mindestens 50%
- bauliche Verdichtung in den Ortsmitten und Überbauung von asphaltierten Flächen mit Wohnraum, um Flächenfraß und Versiegelung zu vermeiden

Bildungschancen für Alle

- gebührenfreie Kitas
- kostenfreies, regionales und biologisches Essen an Schulen und Kitas
- kostenfreie Ganztagsbetreuung an Bildungseinrichtungen
- mehr und besser bezahltes sozialpädagogisches Personal an Kitas und Schulen

Verkehr / ÖPNV / Infrastruktur

- sofort ein kostenfreies Sozialticket, mittelfristig ticketfreier Nahverkehr
- Erhöhung des Taktes und verlässlicher ÖPNV
- Bedarfsgerechtes Platzangebot in Bussen und Stadtbahnen auch in Stoßzeiten
- Einführung von Elektro-Bussen
- barrierefreie Bahnhöfe & Haltestellen
- LKWs raus aus Bruchsal, die keine direkten Anlieger sind
- Kein Ausbau der B35a als Transitstrecke durch den Kraichgau
- Ausbau von Fuß- und Radwegen mit intelligenter Beleuchtung
- Schienenanbindungen an Betriebe wiederherstellen und neu bauen

Gesundheit und Pflege sind keine Ware

- Ausbau der Pflegestationen in Bruchsal

Energie, Natur, Umwelt

- Klimaschutzziel: 100%-tige Versorgung aus erneuerbaren Energien
- Unterstützung der Fridays-for-future-Proteste der Schüler*innen
- Förderung kommunaler Energiegewinnung vor Ort für den Ort
- kommunale Förderung der ökologischen Landwirtschaft
- mehr Bienen, mehr Käfer – Glyphosatverbot jetzt
- Ausweitung und Schutz natürlicher Grünflächen als Naherholungsgebiete

Solidarität statt Hass

- menschenwürdige und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten
- keine Abschiebungen von Geflüchteten aus Bruchsal
- Unterstützung von Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- die Stadt Bruchsal zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklären

„Umfairteilung“

- Einführung einer Millionärssteuer auf Bundesebene, die direkt den Kommunalhaushalten zu Gute kommt

Frieden

- Zivilklausel bei Forschungseinrichtungen
- Bundeswehr raus aus den Schulen – Friedensinitiativen einladen